

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 23. August 2017

3147. 2017/26

Weisung vom 08.02.2017:

Postulat von Bernhard Piller und Daniel Leupi betreffend Hybridfahrzeuge und Netzinfrastuktur, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht (Beilage, Februar 2017) betreffend «Querschnittsthema Elektromobilität» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2011/27, von Bernhard Piller und Daniel Leupi (beide Grüne) vom 26. Januar 2011 betreffend Hybridfahrzeuge und Netzinfrastuktur wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Michel Urben (SP): *In der Weisung, die auf einem Postulat von Bernhard Piller und Daniel Leupi basiert, wird verlangt, dass die Stadt im Rahmen eines Pilotprojekts Netzinfrastuktur für Hybridfahrzeuge erstellt. Steigende Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung, besonders in der Stadt, werden in den kommenden 25 Jahren zu einem dichteren Verkehrsaufkommen führen. Die notwendige Verkehrsleistung soll in der Stadt vor allem durch ÖV, Fuss- und Veloverkehr erbracht werden. Beim Individualverkehr steht die Entwicklung der Elektromobilität im Fokus. Der Bericht Querschnittsthema Elektromobilität von Februar 2017 enthält eine Übersicht über die Situation und Rahmenbedingungen der Elektromobilität in der Schweiz, mit Fokus auf die Stadt. In der Stadt ist die Elektromobilität vor allem im Bereich des ÖV mit 83 % weit entwickelt, wobei bereits weitere Ausbaumassnahmen geplant sind. Der elektrifizierte Individualverkehr nimmt im Bericht eine zentrale Rolle ein, weil sich hier neue Technologien und Dienstleistungen auf den Markt drängen. Momentan sind die elektrischen Fahrzeuge mit 1,3 % ein Nischenprodukt, die Entwicklung zeigt jedoch in Richtung starkes Wachstum. Die Elektromobilität kann im Individualverkehr dann einen Beitrag zur ökologischen Zielerreichung leisten, wenn der Strom aus erneuerbaren Quellen stammt und wenn Nutzerinnen und Nutzer von konventionellen Fahrzeugen nicht auf den ÖV umsteigen wollen oder können. In der Phase der frühen Marktentwicklung sind das vor allem Pendlerinnen und Pendler, die die Fahrzeuge für den Arbeitsweg unter 50 km nutzen sowie Unternehmen, die Flotten besitzen. Der Bedarf an Ladeinfrastrukturen ist für diese Nutzergruppe im privaten oder halböffentlichen Raum gegeben. Dort kann auf normale Ladestationen gesetzt werden. Besonders Unternehmen können auf Schnellladestationen angewiesen sein. Ein Ausbau von öffentlich zugänglichen Ladeinfrastrukturen kann zudem ein Anreiz zum Umsteigen auf elektrische oder teilelektrische Fahrzeuge sein. Die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Ladeinfrastrukturen auf städtischem Gebiet*

sind rechtlich, räumlich und technologisch gegeben. Die Stadt mit ihren Dienstabteilungen, Unternehmen und Partnern nimmt eine begleitende Rolle in der Entwicklung ein. Sie ist insbesondere Vorreiterin durch eine Fahrzeugpolitik, die in der städtischen Flotte auf alternative Antriebe setzt, Dienstleisterin mit Angeboten zu Elektromobilität für private und gewerbliche Kundinnen und Kunden, politische und gesellschaftliche Akteurin in Interessenverbänden, Sponsorin und Partnerin in Forschungsprojekten und Pilotstudien sowie Anbieterin von Strom aus erneuerbaren Quellen. Angesichts der aktuellen Marktentwicklung, der Ladeinfrastruktur und dem Engagement von Privaten auf dem Markt besteht seitens Stadt allenfalls ein Bedarf am Aufbau eines öffentlich-zugänglichen Schnellladenetzes auf Privatgrund, mit einmaligem Beitrag zur Förderung. Die Bereitstellung einer flächendeckenden öffentlichen Ladeinfrastruktur ist aber nicht die Aufgabe des Staats. Im Rahmen der Förderung können Zielkonflikte insbesondere mit dem Ziel der Verschiebung von Modal Split auftreten. Die Elektromobilität ist deshalb immer im Kontext der Gesamtstrategie zu sehen, um Fördermassnahmen zu treffen, die nach Möglichkeit keine Zielkonflikte entstehen lassen. Unter diesen Voraussetzungen kann die Elektromobilität im Individualverkehr einen wichtigen Beitrag zu einer stadtverträglichen Mobilität leisten. Der Stadtrat beantragt deshalb dem Gemeinderat: Vom Bericht betreffend Querschnittsthema Elektromobilität wird Kenntnis genommen, und das Postulat von Bernhard Piller und Daniel Leupi von 2011 wird als erledigt abgeschrieben. Die Mehrheit der Kommission stimmt den beiden Dispositivpunkten zu.

Kommissionsminderheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Im Bericht heisst es: Angesichts der aktuellen Marktentwicklung und dem Engagement privater Akteurinnen und Akteure auf dem Markt der Ladeinfrastruktur besteht seitens der Stadt Zürich ein Bedarf, den Aufbau eines Schnellladenetzes auf Privatgrund mit einem einmaligen Betrag zu fördern. Auf der einen Seite ist eine Ladeinfrastruktur nicht Staatsaufgabe, auf der anderen Seite sehr wohl. Dass es nicht Staatsaufgabe ist, dies auf öffentlichem Grund zu fördern, können wir nachvollziehen. Warum es jetzt eine Staatsaufgabe ist, Subventionen für eine Ladeinfrastruktur auf Privatgrund zu sprechen, können wir nicht nachvollziehen. Der Bericht ist nicht stringent und das lehnen wir entschieden ab. Vor allem portiert der Bericht linksgrüne Stereotype: Verbrennungsmotoren sind böse und Elektromobilität gut. Deshalb nehmen wir ablehnend Kenntnis vom Dispositivpunkt 1. Dem Dispositivpunkt 2 stimmen wir zu.

Weitere Wortmeldung:

Guido Hüni (GLP): Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir das Postulat nicht abschreiben werden, sondern wir werden uns enthalten. Im Wesentlichen ist das Postulat nicht erfüllt und der damalige Pioniergeist der Grünen ist jetzt ein wenig verloren gegangen. Heute setzt man anstatt auf eine Substituierung der Benziner durch Elektrofahrzeuge lieber auf eine Verhinderung des Fortschritts. Dem stimmen wir nicht zu, weshalb wir uns enthalten. Wir werden zudem den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen, weil der Stadtrat nicht die nötigen Voraussetzungen schaffen will. Wir werden

3 / 4

auch einer Abschreibung unseres Postulats nicht zustimmen. Es gibt Private ohne eigenen Privatparkplatz und Tiefgarage, die heute keine Möglichkeit haben auf öffentlichem Grund ihre Elektrofahrzeuge oder zukünftigen Elektrofahrzeuge aufzuladen. Wir stehen für diese Leute ein. Wir werden uns auch mit kommenden Vorstössen für die Verbreitung von Elektromobilität einsetzen, denn bis 2020 soll es, auf Basis des Berichts, rund 12 000 Elektrofahrzeuge in der Stadt geben. Um diesen Bedarf zu decken, sind auch im Bericht Querschnittsthema Elektromobilität 1430 öffentliche Parkplätze angedacht und die nötigen Investitionen sowie der Betrieb belaufen sich auf rund 15,4 Millionen Franken. Wir sind klar der Meinung, dass die Förderung der Elektromobilität im öffentlichen Interesse liegt, wenn es auch nur um die Substituierung geht und Benziner mit Elektrofahrzeugen ersetzt werden. Das allein rechtfertigt schon das Eingreifen und eine Infrastrukturfinanzierung aus allgemeinen Mitteln.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht (Beilage, Februar 2017) betreffend «Querschnittsthema Elektromobilität» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Pablo Büniger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Roger Tognella (FDP)
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP)
Abwesend: Dubravko Sinovcic (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Pablo Büniger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Roger Tognella (FDP)
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP)
Abwesend: Dubravko Sinovcic (SVP), Referent Minderheit

4 / 4

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Pablo Büniger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Roger Tognella (FDP)

Abwesend: Dubravko Sinovcic (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht (Beilage, Februar 2017) betreffend «Querschnittsthema Elektromobilität» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2011/27, von Bernhard Piller und Daniel Leupi (beide Grüne) vom 26. Januar 2011 betreffend Hybridfahrzeuge und Netzinfrastuktur wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 30. August 2017

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat